

Druck auf die Behörden steigt



VertreterInnen aus Basel, Genf, Lausanne und Zürich eröffneten den Aktionstag am 17. Mai auf der Zürcher Rathausbrücke.

Der Kampf gegen die Machenschaften des amerikanischen Fahrdienstes Uber nimmt Fahrt auf. Die Behörden sind jedoch weiterhin passiv.

Die Taxigruppe der Unia Nordwestschweiz kämpft schon seit letztem Herbst gegen den Dumping-Anbieter Uber, der aggressiv auf den Schweizer Markt drängt. Nun werden auch die Medien und die PolitikerInnen auf die Machenschaften von Uber aufmerksam, nachdem die TaxifahrerInnen bereits mehrfach fundamentale Kritik am Pseudo-Taxianbieter geübt hatten.

Für eine Empörungswelle sorgte die Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens, welche das Thema Anfang Mai aufgriff. Das SRF stellte klar, was die Unia seit Monaten sagt: Uber-Fahrer sind keine Selbst-

ständige und müssten darum von ihrer Firma Sozialversicherungen bezahlt bekommen. Dies bestätigte die Suva, welche für die Beurteilung zuständig ist, der «Rundschau».

Rasoul Jalali, der CEO von Uber Schweiz, Deutschland und Österreich, versuchte in der SRF-Sendung die Wogen zu glätten und das Geschäftsmodell von Uber zu verteidigen. Allerdings war sein Auftritt ein Fiasko. Auf die Nachfragen von Moderator Sandro Brotz hatte er keine vernünftigen Antworten. Die Ausrede, dass es sich bei Uber nur um einen Technologieanbieter handle, der nicht im Personentransport tätig sei, liess ihm Brotz nicht durchgehen.

Der Auftritt war aber nicht nur für Jalali, sondern auch für die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Zürich unruhlich: Der Dumping-Chef bezeichnete die beiden

Kantonsregierungen nämlich als «unsere Experten» und gab an, dass das Dumping-Geschäftsmodell von diesen gestützt werde.

«Mit dieser Aussage hat Jalali indirekt zugegeben, dass sein Geschäftsmodell von einer FDP-Connection in der Schweiz gedeckt wird», erklärt Roman Künzler, Teamleiter Tertiär bei der Unia Nordwestschweiz. Diesen Vorwurf bestärkte zuletzt Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Der Bundesrat sagte, dass sich Uber nicht an den Gesetzen orientieren müsse, sondern dass sich die Gesetze an Uber zu orientieren hätten. Dass seine Aussagen einer Bankrott-Erklärung des Rechtsstaates gleichkommen, schien ihm dabei nicht einmal aufzufallen.

In Basel und Zürich sind mittlerweile parlamentarische Vorstösse hängig, welche von den Regierungen verlangen, dass sie klarstellen, ob sie dem Suva-Entscheid Taten folgen lassen wollen. In der Sonntagspresse wurde ebenfalls über den Entscheid berichtet. Zürich will Uber aufgrund des Suva-Entscheidung als Arbeitgeber behandeln und eine Nachdeklaration der Sozialversicherung einfordern. Falls dies nicht erfolgen sollte, werde Uber zu branchenüblichen Löhnen eingeschätzt – die Rechnungen sind dann verbindlich.

Auf der Strasse erlebte der Widerstand gegen Uber am 17. Mai seinen vorläufigen Höhepunkt. Gemeinsam mit der Nationalen Taxiunion lancierte die Unia die Kampagne «Dumping-Uber stoppen». An einer nationalen Pressekonferenz, stellten TaxifahrerInnen aus den Städten Genf, Lausanne, Zürich und Basel klare Forderungen an die Behörden und die PolitikerInnen.

Infos zur Kampagne

Die Kampagne «Uber stoppen» der Nationalen Taxiunion startete am 17. Mai mit einer Kundgebung in Zürich und anschliessenden Aktionen in Basel, Zürich, Genf und Lausanne. Sämtliche Informationen zur Kampagne sind auf der Webseite www.uber-stoppen.ch zu finden. Um deine Solidarität zu bekunden und auf dem neuesten Stand zu bleiben, markiere die Facebook-Seite (www.facebook.com/dumpinguberstoppen) mit «gefällt mir».

Dass der Markteintritt von Dumping-Uber bei weitem nicht nur die TaxifahrerInnen beschäftigt, zeigte die Präsenz sämtlicher nationalen Zeitungen, Fernseh- und Radiostationen an der Pressekonferenz. Auch kaum ein regionales Medium verschwieg, dass Uber einen massiven Angriff auf die Arbeitsbedingungen im Personentransport lanciert hat.

Nachdem die TaxifahrerInnen im Februar in Bern ihrem Ärger Luft machten, fanden im Mai nun in allen vier Städten, in denen Uber aktiv ist, Protestaktionen statt. Die rund 700 Täger führten in Konvois durch die Innenstadt und wiesen die Bevölkerung mit Flyern darauf hin, wie das Geschäftsmodell von Uber funktioniert.

Der Ball ist nun bei den Behörden. Sie müssen endlich handeln und die Gesetze durchsetzen – oder Dumping-Uber gleich ganz verbieten. Sollten die PolitikerInnen weiterhin teilnahmslos zuschauen, werden die TaxifahrerInnen nicht zögern, erneut auf die Strasse zu gehen und klarstellen, dass sie das nicht mit sich machen lassen.

Editorial



Teile und herrsche

Die «Sharing-Economy» ist im Aufwind. Der Begriff der Ökonomie des Teilens klingt auf den ersten Blick innovativ und erweckt den Anschein, als würde mit der Digitalisierung eine neue und sozialere Welt geschaffen werden. Eine Welt, in der man teilt, statt dass man alles für sich zu beansprucht. Man teilt Informationen, Bücher, Wohnungen und Autos. Man teilt mit Freunden, Bekannten und Unbekannten. Die «Sharing-Economy» wird gerne zum Zukunftsmodell verklärt.

Doch der Schein trügt. Unter dem Deckmantel des Teilens werden bei weitem nicht nur neue, soziale Umgangs- und Arbeitsformen geschaffen, oft stecken knallharte wirtschaftliche Interessen dahinter. Den Anfang machte das «Sharing» machte Facebook mit dem Teilen-Button. Auf dem «Sozialen Netzwerk» kann jeder am Leben des anderen teilhaben. Was als Plattform zum Austausch unter Freunden begann, ist mittlerweile eine grosse Geldmaschine geworden. Deshalb hat Facebook eingegriffen und steuert nun mit einem undurchsichtigen Algorithmus selbst, was angezeigt wird – hin oder her, ob etwas von den NutzerInnen geteilt wurde.

Mittlerweile ist die Idee des Teilens von zahlreichen Unternehmen aufgegriffen und zur «Sharing Economy» weiterentwickelt worden. Ein Beispiel, das in diesem Zusammenhang oft genannt wird, ist Uber. Dies, obwohl der Dumping-Fahrdienst überhaupt nichts mit «Teilen» zu tun hat.

Denn beim klassischen «ride sharing» entscheiden die FahrerInnen, welches Ziel sie ansteuern und fragen dann, ob zufällig auch jemand dieses Ziel hat oder sein Ziel auf diesem Weg liegt. Bei Uber dagegen bestimmt der Fahrgast das Ziel – was genau der klassischen Personenbeförderung (wie bei Taxis) entspricht.

Es handelt sich bei Uber also um ein klassisches Unternehmen, das nichts mit «Sharing Economy» zu tun hat. Der einzige Unterschied besteht in den miserablen Arbeitsbedingungen. Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele der «Sharing Economy» wie AirBnB oder Wimdu, auf welche wir ein Auge werfen müssen. Denn die Einhaltung der Gesetze und anständige Arbeitsbedingungen müssen auch von angeblich innovativen Unternehmen garantiert werden.

Die Forderungen der Taxiunion

- 1.) Ein Verbot von Uber, bis der Konzern Schweizer Recht respektiert, und die Sperrung der Uber-App.
- 2.) Uber muss zur Rechenschaft gezogen werden für Anstiftung zur systematischen Schwarzarbeit und illegalem berufsmässigen Personentransport. Von zuständigen Behörden muss strafrechtlich gegen Uber ermittelt werden.
- 3.) Die Behörden müssen Uber als Arbeitgeber mit allen Rechten und Pflichten behandeln.
- 4.) Uber muss als Taxi behandelt und den gleichen Gesetzen unterstellt werden.

Hilf mit: Unterstütze den Abstimmungskampf für die Initiative AHVplus



Die Unia Nordwestschweiz wird im Herbst auf den Strassen von Basel für ein Ja zur AHVplus-Initiative des Gewerkschaftsbundes werben. Denn vom Ergebnis der Abstimmung am 25. September wird die weitere Entwicklung der Altersvorsorge abhängig sein.

Bürgerliche PolitikerInnen wollen die AHV seit Langem schwächen und das Erfolgsmodell der sogenannten 1. Säule torpedieren. Statt einer Stärkung der AHV möchten

sie mit der Altersreform 2020 das Rentenalter für Frauen erhöhen und den Mindestumwandlungssatz senken. Dabei ist die AHV die sozialste der drei Säulen.

Für zwei Drittel der Bevölkerung ist die AHV-Rente die wichtigste Einnahmequelle nach der Pensionierung. Für 38 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Männer ist die AHV (inklusive Ergänzungsleistungen) sogar die einzige Einkommensquelle.

Die Bürgerlichen stellen zwar die Finanzierung der AHV regelmässig infrage, doch die 1. Säule ist seit eh

und je eines der stabilsten Altersvorsorge-Modelle. Seit über 40 Jahren mussten die Lohnbeiträge nie mehr erhöht werden. Für tiefe und mittlere Einkommen hat die AHV so das beste Preis-Leistungsverhältnis: Sie sparen im Vergleich zur privaten Vorsorge mehrere Hunderttausend Franken.

Betroffen sind nicht nur die RentnerInnen, denen bei Annahme der Initiative einiges mehr Geld übrig bleiben würde. Auch die Jugendlichen können später einmal auf eine guten Vorsorge zählen und die Frauen profitieren, denn mit der AHV wird unter anderem auch die

Betreuung der Kinder in die Berechnung der Rente miteinberechnet.

Je grösser der Erfolg bei der Abstimmung über die AHVplus-Initiative ist, desto kleiner ist die Gefahr für einen Abbau, wie er mit der Altersvorsorge 2020 vorgesehen ist. Deshalb sind wir auf deine Unterstützung angewiesen. Hilf mit, die Bevölkerung von der Wichtigkeit der Initiative zu überzeugen.

Wenn du für die AHVplus-Initiative aktiv werden möchtest, melde Dich per Mail an thomas.leuzinger@unia.ch oder telefonisch auf der Nummer 079 506 41 63.

Protest in vier Städten

Die Mitglieder der Nationalen Taxiunion gingen am 17. Mai unter dem Motto «Dumping-Uber stoppen» auf die Strasse. Aus der Nordwestschweiz mit dabei war die Taxigruppe der Unia Nordwestschweiz.



Ein Taxifahrer hält auf dem Basler Messeplatz die Fahne der ArbeitnehmerInnen hoch.



Die Mitglieder der Taxigruppe der Unia Nordwestschweiz überqueren die Wettsteinbrücke.



Deutlich über 100 Taxis versammelten sich in Basel zum Protest gegen Uber.



In Lausanne versammelten sich am Mittag rund 250 TaxifahrerInnen auf dem Parking Bellerive und dem Parking Vennes



Die Taxi-Sektion Zürich, deren Mitglieder vom Markteintritt Ubers besonders betroffen sind, machten ihrem Ärger Luft.



Am Genfersee machte die Union des Taxis Lausannois auf die prekäre Lage in der Branche aufmerksam.



Trotz Verbot des Dumping-Fahrdienst-Angebots ist der Kampf gegen Uber in Genf nicht vorbei.



In Zürich versammelten sich die TaxifahrerInnen nach dem Auftakt auf der Rathausbrücke beim Bahnhof Tiefenbrunnen



In der Calvinstadt sorgte das Collectif des Taxis Genève dafür, dass die Bevölkerung auf die Machenschaften von Uber aufmerksam wird.

«Der Zeitdruck beginnt bei der Auftragsvergabe»

Der Landesmantelvertrag (LMV) ist unter Dach und Fach. Das ist allerdings kein Grund für das Bauteam der Unia Nordwestschweiz, sich auszuruhen. Der Bau-Teamleiter Lucien Robischon erzählt im Interview, weshalb sie bereits in diesem Jahr wieder auf allen Baustellen der Region präsent sind.

Die Verhandlungen um den Landesmantelvertrag (LMV) wurden letztes Jahr erfolgreich abgeschlossen und das Rentenalter 60 gesichert. Macht ihr im Bauteam nun die nächsten drei Jahre Pause?

Nein, natürlich nicht. Wir wollen zwei entscheidende Dinge, die im neu unterzeichneten Vertrag drin sind, verbessern. Das sind zum einen griffigere Massnahmen zum Schutz bei Schlechtwetter und die Bekämpfung von Lohndumping.

Was ist denn bei den Bestimmungen zu Schlechtwetter das Problem?

Es geht zum einen um den Zeitdruck. Und der fängt ganz zu Beginn, also schon bei der Auftragsvergabe, an. Wenn der Zeitdruck gross ist, dann wird auch öfter bei Schlechtwetter gearbeitet. Zum andern gibt es ein Definitionsproblem: Ab wann ist es zu heiss

oder zu kalt, um zu arbeiten? Momentan entscheidet das der Polier. Und wie dieser entscheidet, hängt häufig davon ab, wie viel die Firma der Arbeitsausfall kostet und vor allem wie hoch der zeitliche Druck ist. Und der ist meistens ziemlich hoch. Das wiederum führt zu mehr Unfällen.

Ist die Arbeit bei Schlechtwetter ein grosses Thema auf dem Bau?

Ja, die Anliegen sind aber regional unterschiedlich. Bei uns in der Region Nordwestschweiz sind insbesondere die steigenden Temperaturen ein Thema – es wird einfach immer wärmer in Basel. In anderen Gegenden der Schweiz verhält es sich aber natürlich anders. Darum braucht es nationale Regelungen. Übrigens ist auch die Arbeitsausrüstung ein Thema bei der Diskussion um den Schutz der Arbeitnehmer bei Schlechtwetter.

Die Arbeitsausrüstung?

Ja, die sollte aus unserer Sicht gestellt werden. Bei vielen Firmen ist dies jedoch nicht der Fall. Wir erleben insbesondere bei Temporärbeschäftigten, dass diese mit Kleidern auf der Baustelle arbeiten, die weder dem Arbeitsumfeld noch den Wetterbedingungen angepasst sind. Dies, weil sie die Sachen selber bezahlen und mitbringen müs-

sen. Das kann kein akzeptabler Zustand sein. Auf dem Bau wird den Arbeitnehmern das Geld nicht nachgeworfen, das zeigen auch die Lohndumping-Fälle, die uns leider immer wieder beschäftigen.

Lohndumping ist ja schon lange ein Thema. Was braucht es da, damit Fortschritte im Kampf gegen illegale Tiefstlöhne erzielt werden?

Es braucht mehr Kontrollen und einen besseren Vollzug. Zusätzlich ist aber auch ein Umdenken nötig: Der hohe Zeitdruck bei der Vergabe von Aufträgen spielt auch hier eine Rolle. Dieser Druck fördert das Risiko von Lohndumping akut. Wir fordern daher auch ein Branchenregister, in welchem Firmen bewertet werden können. So würden die Generalunternehmer eine bessere Grundlage erhalten, um über die Auftragserteilung zu entscheiden. Denn eines ist klar, Lohndumping betrifft alle auf dem Bau: Von der Bauleitung über den Polier bis zum Unia-Mitglied herrscht eine gewisse Machtlosigkeit. Die müssen wir ablegen können.

Wie sieht denn jetzt der Alltag des Bauteams der Region Nordwestschweiz aus?

Wir besuchen (fast) jede Baustelle der Region und bereiten uns jetzt

Basler Bauversammlung

23. Juni ab 17.30 Uhr im Waisenhaus in Basel

Convite para a reunião dos trabalhadores da construção civil

23. Junho

A partir das 17:30 na Waisenhaus

Hotline: 079 840 83 46

schon auf den nächsten Kampf um einen guten LMV vor. Wir nutzen die Zeit, die wir letztes Jahr nicht hatten, um den Bauarbeitern ihre Rechte näherzubringen. 2015 stand im Zeichen der Mobilisierung, das laufende Jahr 2016 wollen wir nutzen, um das Bewusstsein für Gewerkschaften und ihre Wichtigkeit zu schärfen. Denn ich stelle fest: Auch bei jungen Schweizern fehlt viel Wissen, woher das Rentenalter 60, die Mindestlöhne, die fünf bis sechs Wochen Ferien und die jetzigen Arbeitsbedingungen auf dem Bau kommen. Das wollen wir ändern. Wir mobilisieren zudem auf eine grosse Bauversammlung in Basel am 23. Juni.

Um was geht es denn bei der Versammlung?

Wir haben am 11. Juni die nationale Landsgemeinde auf dem Bau,

welche als basisdemokratisches Organ darüber entscheidet, wie wir in die Verhandlungen über Schlechtwetter und Lohndumping gehen wollen. Darüber berichten wir. Es soll aber nicht einfach eine Sitzung werden.

Sondern?

Es geht auch darum, sich kennen zu lernen, Vertrauen aufzubauen und sich mal firmenübergreifend zu treffen, als Unia-Bauarbeiter. Wir sitzen schliesslich alle im gleichen Boot und jeder soll seinen Beitrag zu guten Bedingungen auf dem Bau leisten. Das ist einfacher, wenn man sich kennt, und sich schon einmal in gemütlicher Atmosphäre getroffen hat. Darum: Jeder Bauarbeiter, der noch dabei sein will, soll sich unbedingt bei der Hotline anmelden.

IG RentnerInnen erklärte Muba-BesucherInnen die Bedeutung der AHV



Die RentnerInnen der Unia Nordwestschweiz informierten an der Muba die Bevölkerung über die Altersvorsorge. Denn nur eine aufgeklärte Bevölkerung weiss, weshalb sie sich für die AHV einsetzen muss.

Die IG RenterInnen der Unia Nordwestschweiz hat an der bekanntesten Messe der Schweiz, der Mustermesse Basel, für Aufklärung

in Sachen Vorsorge gesorgt. Am Stand des Vereins 55+ der Basler Seniorenkonferenz bestritten die Unia-RentnerInnen Anfang April einen Tag unter dem Motto «Vorsorge auf den Punkt gebracht».

Neben zwei Podien zur Patientenverfügung und zur Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), für welche die Unia ausgewiesene Experten gewinnen konnte, stand das Thema AHV, berufliche Vor-

sorge und private Vorsorge im Zentrum. Dieses Thema ist aufgrund der anstehenden Abstimmung über die Initiative AHVplus aktuell und es zeigte sich, dass Aufklärung über die Vorsorge dringend notwendig ist. Insbesondere die Berichterstattung in den Medien über die AHV sorgt für Verunsicherung, da immer wieder von angeblichen finanziellen Problemen der Altersvorsorge die Rede ist.

José Pérez, der Leiter SL2 der Unia Nordwestschweiz, und Jasmin Aregger, wissenschaftliche Mitarbeiterin des SGB, waren deshalb gefragte Leute am Platz der Generationen, wo die Unia-RentnerInnen ihren Stand hatte. Sie informierten über die finanziellen Aspekte der Altersvorsorge, beantworteten Fragen zum Unterschied zwischen AHV, der 2. und der 3. Säule, erklärten, wie die Einkommenssumme der Lohn- und Preisentwicklung angepasst wird und was Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sind.

«Ich habe festgestellt, dass viele Leute nur wenig über das Vorsorgesystem in der Schweiz Bescheid wissen», sagt José Pérez. «Es war deshalb eine sehr gute Gelegen-

heit, an der Muba auftreten und ein breites Publikum aufklären zu können.»

Oft seien schon Kleinigkeiten unklar. Zum Beispiel, wie die Höhe der AHV bestimmt wird. «Es braucht dringend Aufklärung in

diesem Bereich», sagt José. Dies sei insbesondere in Anbetracht der Abstimmung der AHVplus-Initiative wichtig. «Nur wer versteht, wie die Altersvorsorge funktioniert, weiss auch, wie wichtig es ist, dass die AHV gestärkt wird.»



Frauen müssen sich zur Wahl stellen

Die Frauenkonferenz befasste sich in diesem Jahr mit der Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Die Anliegen werden es schwer haben, denn das Parlament ist nicht nur nach rechts gerutscht, sondern auch von Männern dominiert.

Die Präsidentin der Unia Nordwestschweiz, Brigitte Martig, eröffnete die 8. Frauenkonferenz der Unia, die zum ersten Mal in Basel stattfand. Deses Mal unter dem Motto «Unsere Arbeit ist mehr wert! Bezahlt, was Frauen leisten». Mehr als 120 Unia-Frauen versammelten sich in Basel, um Fragen und Anträge zur Zukunft der Organisation und zur Verteilung von Arbeit zu diskutieren.

Brigitte eröffnete die Konferenz mit einem Exkurs zur Integrations-Debatte auf. Denn die Frage, wer als integriert gilt und wie wir in der Schweiz mit AusländerInnen umgehen sollen, wird uns auch nach der Durchsetzungsinitiative noch länger beschäftigen. Unter anderem dann, wenn die Initiativen in Basel-Stadt und Basel-Land zustande kommen, welche fordern, dass SozialhilfebezüglerInnen nicht mehr eingebürgert werden dürfen. Brigitte stellte Einbürgerungsfragen, wie diejenige, wann das grosse Erdbeben in Basel stattgefunden hat. Die Nase vorne hatten nicht etwa die alteingesessenen Schweizerinnen, sondern Cathlyn Carley, die den roten Pass noch nicht lange besitzt und in der IG Frauen der Unia Nordwestschweiz aktiv ist.

Im Hotel Bildungszentrum 21 wurden die Frauen auch von Sibel Arslan, der im letzten Jahr neu gewählten Nationalrätin der BastAI, begrüsst. Sie wies daraufhin, dass es die Frauen auf politischer Ebene in den nächsten Jahren schwer haben werden. Nach dem Rechtsrutsch im Nationalrat wird es schwierig sein, eine Diskussi-



Brigitte Martig, Präsidentin der Unia Nordwestschweiz, hiess die Teilnehmerinnen der Frauenkonferenz in Basel willkommen.



BastAI-Nationalrätin Sibel Arslan erläuterte, wieso sich Frauen zur Wahl stellen sollen.

on über Gleichstellung zu führen. Anfragen zu Lohngleichheit oder Vaterschaftsurlaub würden von Beginn weg abgelehnt, weshalb es kaum Diskussionen zu Gleichstellungsfragen kommen werde. Sibel betonte deshalb, wie wichtig es ist, dass bei Wahlen zahlreiche Frauen antreten.

Das Leuchtturm-Thema, nämlich die Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit, kam am zweiten Tag der Konferenz aufs Parkett. Den Start machte Gabriele Winker von der Universität Hamburg, Autorin von «Care-Revolution. Schritte in eine solidarische

Gesellschaft», welche über Existenzsicherheit und Zeitsouveränität für Sorgearbeitende referierte.

Anschliessend setzten sich die Frauen in mehreren Workshops tiefer mit dem Thema auseinander. Unia-Präsidentin Vania Alleva und Tamara Funicello leiteten den Workshop zum Thema «Wie muss Gewerkschaft für Frauen sein?», Anna Vasiljevic und Sylvia Segalla setzten sich mit den Frauen mit der Care-Arbeit auseinander und Franziska Stier und Piroška Babics von der Unia Nordwestschweiz diskutierten in der Gruppe die Frage «Wem gehört die Zeit?».



Die Delegation der Unia Nordwestschweiz.

Termine bis Anfang September:

Allgemeines

Kick-Off zur AHVplus-Kampagne
Montag, 20. Juni ab 18.30 Uhr
Gewerkschaftshaus,
3. Stock bei Unia

Aus den Branchen

Versammlung der VerkäuferInnen mit Apéro

Mittwoch, 29. Juni ab 18.30 Uhr
(später dazustossen erwünscht!)
Unternehmen Mitte in der Innenstadt, Gerbergasse 30 (zwischen Tramhaltestellen Marktplatz und Barfüsserplatz), im 1.Stock

Basler Bauversammlung der Bauarbeiter

Donnerstag, 23. Juni,
ab 17.30 Uhr
Im Waisenhaus, Basel

IG Migration

Sommerpause

IG Jugend:

Donnerstag, 07. Juli
Grill mit der IG Jugend AG
Volkshaus Aarau ab 18.00 Uhr

IG Frauen

Mittwoch, 30. Juni
offene Sitzung IG Frauen
Gewerkschaftshaus, ab 18.30 Uhr

Dienstag, 31. August
offene Sitzung IG Frauen
Gewerkschaftshaus, ab 18.30 Uhr

IG RentnerInnen

Mittwoch, 24.08.2016
Medienkurs
(zwischen den Zeilen lesen).
Gewerkschaftshaus, 3. Stock,
10.30 Uhr
Kontakt: Beda Baumgartner
061 695 93 31

Rechtsberatung in Liestal:

11.7. und 22.8.
Jeweils am Montag-Nachmittag
von 14.30 bis 18.00 Uhr

Öffnungszeiten Schalter und Telefon während den Sommerferien (Ab 2. Juli bis Ende August)

Schalter: Dienstag und Donnerstag, 14.00 – 18.00
Telefon: Montag – Donnerstag, 14.00 – 17.30
Beratung: Dienstag und Donnerstag, 14.00 – 18.00

Unia ALK, Rebgasse 1, 1. Stock, 4005 Basel

- Was sind die Aufgaben der Arbeitslosenkasse?
- Was sind die Aufgaben der anderen Amtsstellen?
- Wieviel Geld erhalten die Versicherten und wie lange?
- Welche Dokumente werden für die Anspruchsabklärung benötigt?
- Bei Arbeitslosigkeit stellen sich viele Fragen.
- Wir helfen Ihnen den Überblick zu wahren.
- Wir beantworten Ihnen Ihre Fragen rund um die Arbeitslosenentschädigung.

Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia, Postfach 272, CH-3000 Bern 15 | In **Zusammenarbeit mit** Unia Region Nordwestschweiz, Rebgasse 1, CH-4005 Basel, nordwestschweiz@unia.ch | **Redaktion** Thomas Leuzinger, Beda Baumgartner | **Gestaltungskonzept** ivony ltd, CH-8008 Zürich **Layout** Bubenberg Druck- und Verlags-AG, CH-3007 Bern | **Druck** Tagblatt Print, CH-9015 St. Gallen



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

www.nordwestschweiz.unia.ch

IG Rentnerinnen und Rentner Basel-Land/Fricktal

Mittwoch, 6.07.2016
Ersatzdatum 13.07.2016
Minigolf Augst
Liestal ab 13.29 Uhr, Bus 81
Kontakt: Sonja Wiesner
061 951 14 07

Mittwoch, 3.08.2016
Wanderung Grillplausch
Abgangszeit wird bei Anmeldung bekannt
Kontakt: Walter Weitnauer
061 921 42 57

IG RentnerInnen Basel

Donnerstag, 14.07.2016
Stächpalmehegli – Füllinsdorf
Bahnhof SBB um 13.07 Uhr
(Zug S3) 13.17 Uhr
Kontakt: Y. Frey
Tel.: 061 681 87 61

Donnerstag, 11.08.2016
Busseregg – Gelterkinden
Bahnhof SBB um 13.07 Uhr
(Zug S3) 13.17 Uhr
Kontakt: Y. Frey
Tel.: 061 681 87 61

Donnerstag, 25.08.2016
Tageswanderung Rund um Langenbruck,
Verpflegung aus dem Rucksack
Bahnhof SBB um 08.10 Uhr
(Zug S3) 8.17 Uhr
Kontakt: Y. Frey
Tel.: 061 681 87 61

ALK

Infoveranstaltung zur Arbeitslosenversicherung
Mittwoch, 20.07.2016, 10 Uhr
Mittwoch, 17.08.2016, 10 Uhr

Wir trauern

Paul Rudin-Moser, Waldenburg
Hugo Huber, Rheinfelden
Kurt Nägelin, Frenkendorf
Max Fluri, Liestal
Leo Romer, Münchenstein
Ernst Ulmer, Brislach